

## Zusammenhalt schaffen

Mitten in den Herbstferien erscheint diese Ausgabe. Viele nutzen die Ferien, um Zeit mit der Familie zu verbringen und Urlaub zu machen. Doch nicht alle können das, weil der Geldbeutel nicht immer ausreicht. Dass es in Thüringen ein Landesprogramm zur Förderung von Familienerholung gibt, ist nicht einfach eine soziale Wohltat, sondern eine ganz konkrete Unterstützung für viele. Eine Unterstützung durch den Staat, wenn es alleine nicht zu schaffen ist. Man sollte meinen, es sei Konsens, dass der Sozialstaat dazu beitragen soll, dass alle überall gleich gut leben können. Doch die Art und Weise der politischen Debatte zur Zeit vermittelt ein anderes Gefühl.

Da werden von führenden CDU-Politikern Geflüchtete gegen deutsche Zahnarztpatient:innen ausgespielt. Oder Menschen, die Bürgergeld empfangen, wird die soziale Hängematte unterstellt. Wenn dann die Bundeszahnärztekammer widerspricht oder Wissenschaftler:innen feststellen, dass Menschen in Arbeit mehr Geld in der Tasche haben, interessiert das kaum. Diese Art der Debatte ist gefährlich. Sie gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und sie verdeckt das eigentliche Problem: Soziale Ungleichheit durch die ungleiche Verteilung von Reichtum. Statt Geflüchtete oder Personen, die Bürgergeld bekommen, gegen andere auszuspielen, braucht es eine gesellschaftliche Debatte darüber, wie durch eine Versicherung, in die alle einzahlen, das Gesundheitssystem für alle besser werden kann. Statt Einsparungen der Ampel-Regierung im Sozialbereich, braucht es eine Debatte darüber, wie ein Steuersystem geschaffen werden kann, das kleine und mittlere Einkommen entlastet und durch das Reiche mehr zum Wohlstand aller beitragen. Durch mehr Steuergerechtigkeit wäre eine wirksame Grundsicherung finanzierbar, die Kinder, Familien und Rentnerinnen vor Armut schützt. Hätten die Länder mehr Spielraum vor Ort, um konkret zur Entlastung beizutragen. Sei es durch ein weiteres beitragsfreies Kindergartenjahr oder Investitionen in Schule und Bildung, damit jedes Kind von Beginn an die beste Förderung erhält, wie wir es in Thüringen wollen. Lassen Sie uns solche Debatten führen, um mehr sozialen Zusammenhalt zu schaffen.

*Christian Schaft, Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung*



„Damit Gutes gelingt,  
musst du Gutes tun“

Gute Gespräche statt plumpe Unterstellungen.  
Aufeinander zugehen, statt sich voneinander  
entfernen. Das sollte Politik in diesen Zeiten  
tun und auch der Herbst bietet dafür  
genügend Gelegenheiten.

## Linker Ticker

Mit Unverständnis reagiert **Daniel Reinhardt**, Sprecher für frühkindliche Bildung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, auf die Aussagen des Gemeinde- und Städtebundes zu einem dritten beitragsfreien Kindergartenjahr in Thüringen. Verfassungsrechtliche Bedenken seien lediglich „ein vorgeschobenes und abwegiges Argument“. Beitragsfreie Kindergartenjahre gebe es auch in anderen Bundesländern, verfassungsrechtliche Bedenken seien vollkommen unbegründet. Mit dem von Rot-Rot-Grün vorgelegten Kindergarten-gesetz will die Koalition für deutliche Verbesserung der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsqualität sowie für ein weiteres kostenfreies Kindergartenjahr sorgen. Ein Hauptanliegen der Gesetzesnovelle besteht in der Einführung des dritten beitragsfreien Kindergartenjahres ab dem 1. August 2024. +++ Im Zuge der fünften Verhandlungsrunde für den Thüringer Einzelhandel erhöhten die Beschäftigten und die Gewerkschaft ver.di den Druck auf die Arbeitgebenden-seite, die seit nahezu vier Monaten kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt hat. Dazu wurden die Beschäftigten von Kaufland in Erfurt, Kranichfelder Straße, zu einem Warnstreik aufgerufen. Die arbeits- und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, **Lena Saniye Güngör**, bekräftigt die Position der Beschäftigten: „Es ist ein Trauerspiel, dass nach vier Verhandlungsrunden immer noch kein Schritt auf die Beschäftigten zugegangen wird. Dieser Blockademarathon der Unternehmen des Thüringer Einzelhandels muss endlich aufhören.“ +++ Zum Safe Abortion Day - der internationale Aktionstag für sicheren und legalen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen erklärt **Karola Stange**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Erst die vollständige Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bringt ein Ende der Diskriminierung. Deshalb muss es verstärkt darum gehen, den Paragraph 218 des Strafgesetzbuches, der einen Abbruch zur Straftat werden lässt, abzuschaffen. „Die Ampelregierung unternimmt auch in der Frage der Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen keinerlei Anstrengungen, um das Recht auf Selbstbestimmung der Frauen zu stärken.“

### Impressum

Herausgeberin:  
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
Redaktion: Lisa Hilpert  
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler  
Telefon: 0361 377-2620  
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de  
Web: www.die-linke-thl.de  
Redaktionsschluss: 4. Oktober 2023

# #Nordhausenzusammen

Was Politik von der Nordhäuser Zivilgesellschaft lernen kann

Ein Kommentar von  
Katja Mitteldorf

Es war eine Erlösung, ein Straßenfest bis spät in die Nacht: Der von allen Seiten (außerhalb von Nordhausen) prophezeite Sieg des AfD-Kandidaten in der Stichwahl um das Amt des Oberbürgermeisters in Nordhausen blieb aus! Das schier Unmögliche war wahr geworden: In einer von weltweiten Medien beobachteten Wahl hatte Nordhausen „Nein“ gesagt und gezeigt, dass zumindest gegen den medial beschworenen vermeintlichen „Siegesszug“ der rechtsextremen AfD in Thüringen bei der Ämtergewinnung eben doch ein „Kraut“ gewachsen ist – eine Zivilgesellschaft, die Haltung zeigt und binnen kürzester Zeit eine Bewegung mit wachsendem Zulauf auf die Beine stellt!

Direkt nach der Wahl gab es postwendend Zahlen- und Fernanalysen aus dem politischen Raum, die postulieren, Nordhausen habe nur „Glück gehabt“. Es sei kein Erfolg, weil schließlich habe der AfD-Kandidat auch Stimmen in der Stichwahl dazugewonnen, und außerdem müsse man sich ja auf die wesentlichen Dinge, wie die nun anstehenden Wahlen, konzentrieren. Das mag sachlich richtig sein, aber die Arroganz gegenüber einer Stadtgesellschaft, an die auch vorher niemand außerhalb von Nordhausen geglaubt hat, ist mit solchen Aussagen eben auch für besagte anstehende Wahlen wenig hilfreich, mitunter gar kontraproduktiv.

Um die Vorgänge in Nordhausen zu verstehen, muss man sich die Mühe machen, mal außerhalb der Zahlen zu gucken, in welcher Lage die größte Stadt im Norden Thüringens politisch seit fast 10 Jahren steckt. Hier müsste man vielleicht auch erstmal zur Kenntnis nehmen, dass der eigentliche Schauplatz der politischen Auseinandersetzung in einer Region, in der wir eine LINKE Landrätin und später zunächst ein und dann zwei LINKE-Direktmandate für den Landtag gewonnen haben, eben nicht von vornherein um die AfD geführt wurde – sehr wohl aber auch den Nährboden für diese (mit)bereitet hat. Man müsste zur Kenntnis nehmen, dass sich das alles eben gar nicht in den Zahlen widerspiegelt, die man sich außerhalb von Nordhausen, bar jeder weiteren Kenntnis der Situation, zur selbstgefälligen Analyse von oben herab hernimmt. Denn: In der Zivilgesellschaft Nordhausens, aber eben auch weit darüber hinaus, hat der Erfolg (denn ja, es ist einer!) von Nordhausen vor allem zu Hoffnung und Mut geführt. Es hat Menschen gezeigt, wie stark sie auch selbst aktiv Prozesse vor Ort steuern können. Es hat dazu geführt, dass für so manche Person, die sich schon ins Private zurückgezogen hatte, erstmals wieder erlebbar wurde, dass es eine Gemeinschaft gibt, die zusammen – entgegen aller Einlassungen im Vorfeld – etwas erreichen kann. Es hat bewiesen, dass es sich lohnt, die



Stadt mit demokratischen Mitteln zu gestalten. Für viele Menschen, die sich den rund 30 Aktiven im Zentrum des Bündnisses #nordhausenzusammen anschließen, war es eine persönliche Befreiung aus der Lethargie der politischen Querelen der letzten Jahre in Nordhausen. Diesen Effekt auf der ganz menschlichen Ebene im politischen Raum zu unterschätzen, halte ich für einen großen Fehler! Umso tragischer ist eben, dass auch nicht alle politisch Verantwortlichen in Nordhausen selbst verstanden haben, welche Chance der Ausgang dieser Wahl am 24. September 2023 bedeutet.

Das Jahr 2024 wartet mit Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen auf. Das Bündnis #nordhausenzusammen rückt noch enger zusammen und wird sich weiterhin für demokratische Werte, Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz einsetzen. Es ist ein gutes Zeichen, dass dieses Bündnis aus ihrem Erfolg in Nordhausen für sich selbst die Grundlage zieht, dass die Gemeinschaft aus Vereinen, Verbänden, Unternehmen, Gewerkschaften, Kultur- und Bildungsinstitutionen, wie zum Beispiel sehr prominent der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie Stadträtinnen und Stadträten, gebraucht wird. Das Bündnis ist nicht nur offensichtlich kampagnenfähiger als jede Partei im Moment, es zeigt politisch Verantwortlichen – ob im Wahlkampf oder nicht – aber auch massiv auf, was Politik in der Kommunikation und Vermittlung von Inhalten noch immer lernen kann und muss. Parteien und Fraktionen müssen (wieder) lernen, dass es eine gute Balance zwischen Aufklärung über und Erklärung von politischen Vorgängen und Zusammenhängen braucht. Botschaften müssen klar und verständlich sein. Das direkte Gespräch ersetzt hunderte Kurz-

nachrichten in der X - früher Twitter-Blase. Belehrungen darüber, wie Menschen etwas sehen oder bewerten sollten, sind keine Grundlage für Kommunikation auf Augenhöhe. Der Trend des empörten Reagierens auf Aussagen anderer anstatt proaktiv die eigenen Inhalte voranzustellen, kann und sollte umgekehrt werden – auch weit über Wahlkampfzeiten hinaus! All das scheinen Binsenweisheiten zu sein, aber die Realität zeigt, dass wir uns das alle – ob politisch Verantwortliche oder nicht – noch einmal ins Gedächtnis rufen sollten. Als Fraktion und auch als Partei DIE LINKE haben wir in Thüringen gegenüber unseren politischen Mitbewerbern einen Vorteil: Wir haben die Instrumente und Formate längst, um genau das zu tun. Gemeinsam mit den Thüringern und Thüringerinnen auf allen politischen Ebenen dieses Landes zu gestalten – lasst uns diese nutzen, denn aus #nordhausenzusammen kann auch #thüringenüberallgleichgut Mut und Kraft ziehen! *Katja Mitteldorf, Abgeordnete mit WKB in Nordhausen*



**Katja Mitteldorf**

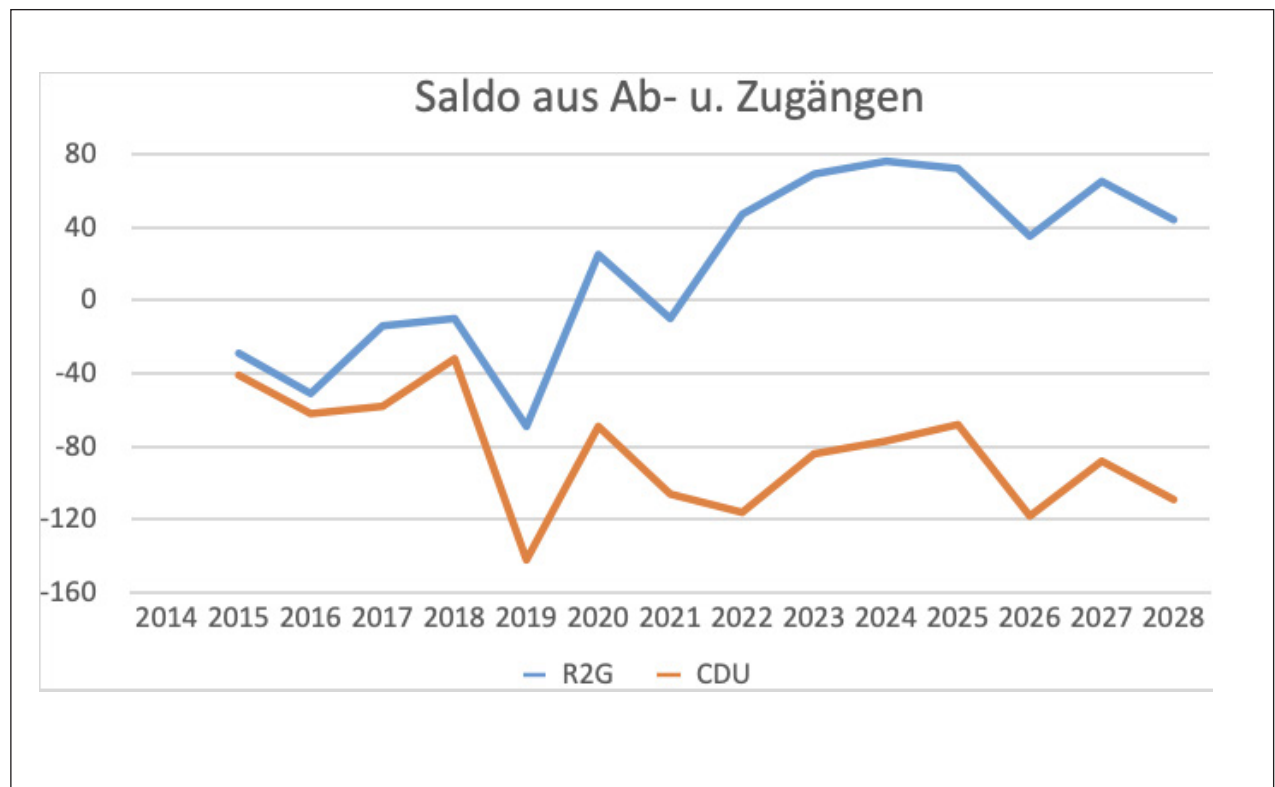
Stellvertr. Fraktionsvorsitzende,  
Sprecherin für Kulturpolitik,  
Religionsfragen und Aufarbeitung

# Wirksam mehr Polizei

Regierungsfractionen fördern Weiterentwicklung der Thüringer Polizei

Als die Koalitionsfraktionen der DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Jahr 2014 die Regierungsgeschäfte von der letzten CDU-geführten Landesregierung übernahm, mussten die Weichen für die Zukunftsfähigkeit des Landes grundsätzlich neu gestellt werden. Der damalige CDU-Finanzminister verordnete einen Pfad zur Personalreduzierung, bei dem das Personal im öffentlichen Dienst von Jahr zu Jahr abgebaut werden sollte. Dabei sollten vor allem aus Altersgründen freiwerdende Stellen nicht wieder neu besetzt werden. Beginnend ab 2012 sollten über 8.800 Planstellen wegfallen. Gemessen an den damaligen 46.000 Stellen wäre jede fünfte Stelle gestrichen worden. Den wesentlichen Teil des Landespersonals machen jedoch Lehrerinnen und Lehrer sowie Polizistinnen und Polizisten aus, die für das Funktionieren des Freistaates unverzichtbar sind.

Insofern war es folgerichtig, dass DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN als eine der ersten politischen Maßnahmen beschlossen, den Personalabbau bei der Thüringer Polizei zu stoppen. Vor allem sollte die Zahl der Polizeianwärter:innen deutlich erhöht werden, um langfristig wieder mehr Personal in den Dienststellen zu haben. Die Ausbildungsplätze im Bildungszentrum der Thüringer Landespolizei in Meiningen wurden von 102 im Jahr 2014 schrittweise auf 300 Plätze im Jahr 2022 erhöht. In diesem Jahr haben 285 junge Menschen ihre Ausbildung begonnen. In den kommenden Jahren



sollen wieder 300 Stellen in Meiningen angestrebt werden. Eine weitere Aufstockung würde voraussetzen, dass massiv zusätzliche Unterrichtsräume und vor allem mehr Lehrpersonal zur Verfügung stehen, was beides zumindest mittelfristig unrealistisch ist.

Mehr Ausbildung setzt insofern die notwendigen Kapazitäten voraus, die planmäßig aufgebaut werden müssen. Daher konnten größere Zahlen an Aus-

zubildenden tatsächlich erst ab 2018 in Meiningen erreicht werden. Mit Blick auf die zweijährige Ausbildungszeit ergibt sich eine weitere zeitliche Verzögerung. Allerdings ist seit letztem Jahr feststellbar, dass nun mehr Polizistinnen und Polizisten in den Dienststellen und damit auch auf den Straßen sind, um die normalen Altersabgänge auszugleichen. Allerdings wird es auch mit diesen Aufstockungen noch bis 2026

dauern, den von der CDU zu verantwortenden Stellenabbau in der Polizei auszugleichen. Das bedeutet unter dem Strich, dass die Politik der CDU in ihrer letzten Regierungszeit von 2009 bis 2014 lange nachwirkt und DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN insgesamt 15 Jahre benötigt haben, um diese falsche Politik wieder auszugleichen. *Sascha Bilay, Innenpolitischer Sprecher Fraktion DIE LINKE*

## Lückenschluss zwischen Thüringen und Bayern

Forderung nach Reaktivierung der Höllentalbahn

Anlässlich des „Tags der Schiene“ trafen sich Mitglieder der LINKEN aus Bayern und Thüringen Mitte September an der Landesgrenze zwischen Blankenstein und Bleichschmidtenhammer, um auf die sinnvolle Reaktivierung der Höllentalbahn hinzuweisen. Die Strecke wurde durch die Teilung Deutschlands stillgelegt und kann heute beide Bundesländer wieder näher zusammenbringen.

Sebastian Engelhardt, Kandidat zur Landtagswahl in Bayern, sieht es als eine wichtige Aufgabe der Verkehrswende, den LKW-Verkehr in der Region Hof einzudämmen und bestimmten Güterverkehr auf die Schiene zu verlegen: „Die Höllentalbahn ist nicht nur eine historisch besondere Strecke, sondern kann in Zukunft eine entscheidende Rolle für die länderübergreifende Infrastruktur einnehmen. Wir müssen die Resilienz der Schienennetze stärken und somit die Erreichbarkeit unserer Region verbessern, da wieder mehr Menschen mit dem Zug fahren.“ Der Mehrwert für die Menschen in den Regionen durch einen Lückenschluss im Güter- und Personennahverkehr liegt auf der Hand. Nicht nur würden damit

bessere Zugverbindungen nach Süden und Norden möglich, sondern auch zahlreiche Anwohner vom lautstarken LKW-Verkehr entlastet. Ralf Kalich, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, der als erster Beigeordneter der Gemeinde Rosenthal am Rennsteig und Kreistagsmitglied im Saale-Orla-Kreis schon seit Jahren auf die Vorteile der Strecke hinweist, ergänzt: „Natürlich muss bei einer Nutzung auf umweltpolitische Bedingungen eingegangen werden – wir wollen keine Gefahrgüter wie Chemikalien transportieren. Es geht vielmehr um Holztransporte, die aktuell den Straßenverkehr belasten. Die Züge sollen schonend eingesetzt werden, nur tagsüber, nicht am Wochenende und maximal fünf Stück pro Tag. Ich sehe aber auch im Personenverkehr ein wichtiges Potenzial für die Wirtschaftsregion Hof sowie die touristischen Ziele in Thüringen.“

Im „Regionalplan“ Ost in Thüringen ist die Reaktivierung der Höllentalbahn ein fester Bestandteil für die zukünftige Mobilität. Die Belastung des öffentlichen Straßennetzes durch Holztransporte soll gemindert werden. Es

gilt, die umgebenden Ortschaften vom straßengebundenen Schwerlastverkehr zu befreien sowie den schädlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren. Für den Klimaschutz und die wirtschaftliche Förde-

rung der Region ist eine Reaktivierung ein Gewinn – nun müssen nur die Entscheidungsträger beider Bundesländer ihre Verantwortung dafür auch wahrnehmen.





## Spenden der Alternative 54



Der Verein Alternative 54 Erfurt e. V. wurde 1995 gegründet. Der Vereinsname leitet sich aus dem Artikel 54 der Thüringer Verfassung ab, in dem der Diätenautomatismus für Thüringer Landtagsabgeordnete festgeschrieben ist. Die Vereinsmitglieder spenden monatlich einen Anteil ihrer Diäten, die zur Förderung wichtiger Initiativen im Freistaat eingesetzt werden. Wir unterstützen soziale Projekte und engagieren uns in den Bereichen Sport, Kultur, Bildung und Erziehung. Die Diätenerhöhung eines einzelnen Abgeordneten kommt damit vielen Menschen zugute, fördert das solidarische

Miteinander in Thüringen und unterstützt die gesellschaftliche Entwicklung im Freistaat. Die Alternative 54 e. V. hat bis zum 31. August 2023 1.579.115 Euro aus Diätenerhöhungen der Landtagsabgeordneten an gemeinnützige Projekte in Thüringen gespendet.

Mehr über die Projekte und aktuelle Spenden der Mitglieder finden Sie unter: [www.die-linke-thl.de/politik/alternative-54/](http://www.die-linke-thl.de/politik/alternative-54/)



## Tiefthaler Kunstfest nun „KulT“

Karola Stange unterstützt Neuanfang

Anfang September feierte Tiefthal bei Erfurt sein erstes KulT-Kulturfestival, und es war ein voller Erfolg. Unter dem Motto „Kunstfest wird KulT“ wurde ein Wochenende lang eine beeindruckende Vielfalt kultureller Veranstaltungen angeboten. Das Festival lockte Menschen aus Tiefthal, Erfurt und der gesamten Region an und sorgte für ein unvergessliches Erlebnis.

Karola Stange, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE brachte von der Alternative 54 e. V. 400 Euro zur Unterstützung des Festivals mit nach Tiefthal. Die Veranstaltung zeigte eindrucksvoll, wie die Gemeinschaft in Tiefthal zusammenkam, um eine neue Ära der Kultur zu begrüßen. Eigentlich hätte das Kunstfest im September 2022 nach 20 erfolgreichen Jahren enden sollen. Die Organisatoren Helmut und Monika Besser planten aufgrund ihres Alters, die Veranstaltung aufzugeben. Doch als die Nachricht von der möglichen Beendigung des Kunstfestes die Runde machte, entschied sich ein Tiefthaler Ehepaar, die Tradition am Leben zu erhalten. Juliane Kerst und Daniel Stassny gründeten Ende des vergangenen Jahres gemeinsam mit anderen Kunst- und Kulturbesorgten den KulT-Kulturfestival Tiefthal e. V. und begannen sofort mit den Vorbereitungen für das erste Kulturfestival in ihrer Heimatort.

Das Ergebnis war beeindruckend: Ein Wochenende voller Kultur und schöner Begegnungen, bei dem Menschen jeden Alters zusammenkamen, um Kunst und Kultur zu genießen, miteinander zu reden, zu tanzen, zu singen und eine großartige Zeit zu verbringen. Die Veranstaltungen waren für alle frei

zugänglich, und das gesamte Dorf beteiligte sich an diesem beispiellosen Gemeinschaftserlebnis. Das KulT-Kulturfestival Tiefthal bot ein abwechslungsreiches Programm mit Konzerten, Lesungen, Theateraufführungen und Ausstellungen. Die Künstlerinnen und Künstler stammten sowohl aus Tiefthal als auch aus Erfurt, und private Höfe und Gärten verwandelten sich in Bühnen für ihre Darbietungen. Die Besucherinnen und Besucher konnten bei bestem Wetter Literatur und Improtheater im Dreiseitenhof erleben, Konzerte zwischen Rosen und Sommerflieder genießen, Kunstgalerien unter freiem Himmel bewundern und in der Kirche Acapella-Gesang und Chorgesänge erleben. Am Samstagabend luden französische Chansons und Beatmusik unter jahrhundertealten Bäumen in der Ortsmitte zum Tanzen und Feiern ein. Der Sonntag war ein besonderes Highlight für Kinder und Jugendliche, mit einem vielfältigen Programm, darunter Ergebnisse eines Bandworkshops, sommerliches Kindertheater am Weißbach, Akrobatik und zahlreiche kreative Angebote für jedes Alter.

Das KulT-Kulturfestival Tiefthal wird zweifellos zu einer festen Größe im kulturellen Kalender der Region und verspricht auch in den kommenden Jahren unvergessliche Erlebnisse für alle Kulturbesorgten. Dank der finanziellen von Stadt und Land, örtlicher Akteure und Unternehmen und nicht zuletzt auch der Spende der Abgeordneten Stange, waren alle Veranstaltungen kostenlos zugänglich. Das gesamte Programm kann weiterhin auf der Website des Festivals unter [www.kult-tiefthal.de](http://www.kult-tiefthal.de) angeschaut werden.



# „Damit Gutes gelingt, musst du Gutes tun!“

## Scheckübergabe beim Wahlkreistag von Knut Korschewsky

Der Wahlkreistag im Landkreis Sonneberg des Abgeordneten Knut Korschewsky Ende September bei strahlend blauem Himmel im Landkreis Sonneberg beinhaltete in diesem Jahr drei Stationen. Am Morgen wurde Korschewsky bereits von den Kindern, Erzieherinnen und einer Vertreterin des AWO Fördervereins „Strolchenträume“ im AWO Kindergarten „Haus der kleinen Strolche“ in Steinheid erwartet. Mit im Gepäck hatte er einen Scheck über 450 Euro aus den Mitteln der „Alternative 54 Erfurt e. V.“ für geeignete Sonnenschutzmaßnahmen auf dem Spielplatz der Kindereinrichtung. Diese sind notwendig, da die schattenspendenden Bäume aufgrund eines Pilzbefalls gefällt werden mussten. Zwei „kleine Strolche“ bedankten sich für die Spende und übergaben dem Landtagsabgeordneten ein wunderschönes Geschenk, welches bereits in seinem Sonneberger Büro einen Platz gefunden hat.

Als zweite Station stand das staatliche regionale Förderzentrum in Sonneberg auf dem Programm. Bereits Ende Januar besuchte der Landtagsabgeordnete diese Einrichtung und übergab einen Scheck über 500 Euro an den Förderverein zur Integrationshilfe e. V. für das Projekt „Grünes Klassenzimmer“. Nach aufschlussreichen Gesprächen im Januar 2023 über die Arbeit des Förderzentrums mit der Schulleiterin Heike Funke und der Lehrerin Frau Bischof wurde dem Landtagsabgeordneten ebenfalls das Projekt „Grünes Klassenzimmer“ vorgestellt. Neben Spielplatz, Teich und Sportanlage gibt es auch einen Backofen. Durch das „Brotprojekt“

lernen die Kinder verschiedene Brotsorten zu backen. Dabei haben sie natürlich viel Spaß. „Allerdings ist die Abstellmöglichkeit für Möbel, Geschirr und andere Utensilien in die Jahre gekommen und muss dringend ersetzt werden“, betonte die Schulleiterin damals. Korschewsky war sich sicher, dass das Geld aus der „Alternative 54“ so auch einem guten Zweck dient. Voller Stolz wurde ihm nun das Ergebnis vorgestellt.

Durch viel Eigeninitiative des Fördervereins und weiteren Spenden präsentiert sich ein fachmännischer Unterstand neben dem Backofen. Dem Projekt „Vom Korn zum Brot“ steht nun nichts mehr im Wege. Die Kinder sammeln das nötige Holz im Wald, lernen die verschiedenen Getreidearten kennen, welche sie auch selbst mahlen dürfen. Die Vorbereitungen über Sauerteig bis zum Kneten können in der vorhandenen Lernküche stattfinden. Jede Klasse darf zweimal im Jahr am Brotbackprojekt teilnehmen. Ein Highlight ist dabei die selbst gebackene Pizza zum Frühstück. Dies ist möglich, da der Bereich „Hauswirtschaft“ ein fester Bestandteil des Unterrichts an der Förderschule ist. Hier lernen die Förderschüler auch Wäschewaschen, Bügeln, Abwaschen, das Bedienen eines Herdes und vieles mehr. Korschewsky ist sich sicher, dass Förderschulen notwendig sind, damit Kinder auf das spätere Leben so gut wie möglich vorbereitet werden. Das sieht die Schulleiterin ebenso, verweist allerdings darauf, dass es großen Bedarf an entsprechenden Lehrkräften gibt. Als Dankeschön durfte sich der Landtagsabgeordnete über ein



selbst gebackenes Brot der Projektschüler freuen. Als letzte Station stand das Sonneberger Rathaus auf dem Programm. Hier fand die feierliche Übergabe des neuen Buches von Günter Sommer „Geschichtliches aus Hönbach - Entwicklung des Ortes“ statt. Neben dem stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Sonneberg, dem Kreisheimatpfleger und der Leiterin des Deutschen Spielzeugmuseums war auch dem Multivereinsmitglied Siegfried Mot-

schmann zugegen. Das Werk von Günter Sommer gibt einen hervorragenden Überblick in Wort und Bild über die Geschichte Hönbachs, einem Stadtteil von Sonneberg. Korschewsky würdigte die Arbeit des Autors und das große Engagement der zahlreichen Vereine des Sonneberger Ortsteils Hönbach. Das Resümee dieses Wahlkreistages für den Landtagsabgeordneten Knut Korschewsky steht fest: „Damit Gutes gelingt, musst du Gutes tun!“

## Bildungsreise nach Auschwitz

### Lena Saniye Güngör unterstützt Projekt einer Regelschule in Apolda

Im Namen der Alternative 54 e. V. hat die Abgeordnete Lena Saniye Güngör einen Scheck an die Regelschule Werner Seelenbinder in Apolda übergeben. Schüler:innen der 10. Klassen waren Mitte September im Zuge eines Schulprojektes zur Bildungsfahrt in die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Auschwitz gereist. Auf der ganzen Welt ist Auschwitz zum Symbol für Terror, Völkermord und den Holocaust geworden. Es wurde 1940 von den Deutschen in den Vororten von Oswiecim, einer polnischen Stadt, die von den Nazis dem Dritten Reich angegliedert wurde, errichtet. Sein Name wurde in Auschwitz geändert, der auch der Name des Konzentrationslagers Auschwitz wurde. Jedes Jahr folgen nun auch viele Schulklassen aus der ganzen Welt dem Bildungsangebot der Gedenkstätte.

So auch die Schülerinnen und Schüler aus der Regelschule Werner Seelenbinder. Sie berichteten der Abgeordneten von ihren Erlebnissen und Eindrücken, welche nun in einer kleinen Aus-

stellung und einer Broschüre verarbeitet werden sollen. „Solche Bildungsreisen sind so unglaublich wichtig. Über die Reise können junge Menschen mehr über die Verbrechen des Nationalsozialismus erfahren und weiter aufgeklärt werden. Es bietet sich ihnen die Gelegenheit, ihr Wissen über die Zeit des Nationalsozialismus zu vertiefen. Außerdem kann man auch weitere bildungspolitische Anknüpfungspunkte verbinden und die Begegnung mit dem jüdischen Leben heute in Deutschland ermöglichen. So können junge Menschen auf dieser Reise miteinander ins Gespräch kommen und sich austauschen. Deswegen macht es mich sehr glücklich, dass wir das Projekt mit 500 Euro unterstützen konnten. Vielen Dank auch an Lehrerinnen für die Planung und Organisation der Bildungsfahrt“, so Lena Saniye Güngör bei ihrem Besuch vor Ort. Denn es war ebenso eine inhaltliche und emotionale Vorbereitung vor dem Besuch der Gedenkstätte entscheidend.



# „Härtefallfonds Straßenausbaubeiträge“

Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern endlich auf dem Weg

## Was sind Straßenausbaubeiträge?

Straßenausbaubeiträge sind Abgaben, die von Grundstückseigentümer:innen für die Verbesserung oder den Ausbau von Straßen, an denen sich ihr Grundstück befindet, erhoben werden. Das hat zur Folge, dass bis zu 75 Prozent der Kosten auf die Anlieger:innen entsprechend der Größe ihres Grundstücks umgelegt werden. Die Beiträge sollen die Kosten für Straßenbau- und -erweiterungsprojekte mit decken. Für einige Grundstücksbesitzer:innen sind die Beiträge, die teilweise im fünfstelligen Bereich liegen, jedoch kaum zu bewältigen.

In Thüringen gehören die Straßenausbaubeiträge dank den Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN seit 2019 der Vergangenheit an. Aus juristischen Gründen blieb letztlich seit der Abschaffung eine Übergangsfrist die zur Folge hat, dass für Bauvorhaben, die bis zum 31.12.2018 abgeschlossen wurden, doch noch ein Beitragsbescheid erlassen werden darf. Daher sollte ein Härtefallfonds für diese Fälle eingerichtet werden.



In der Sitzung des Landtages am letzten Tag des Plenums im haben DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ihren Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Härtefallfonds Straßenausbaubeiträge in den Landtag eingebracht. Dieser wird nunmehr vom Innenausschuss beraten.

## Kompromiss nach 30 Jahren

In seiner Einbringungsrede zum Härtefallfonds erläuterte der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Sascha Bilay, den wesentlichen Inhalt des Gesetzentwurfes: „Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger müssen erst ein-

mal 4.000 Euro selbst aufbringen. Alles, was diese 4.000 Euro übersteigt – das ist unsere gesetzliche Klärung –, übernimmt am Ende das Land. Das ist aus unserer Sicht ein guter Kompromiss, mit dem wir auch die letzte Baustelle nach über 30 Jahren in diesem Bereich endlich auflösen. Profitieren sollen damit Menschen, die entsprechende Beitragspflicht zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 31. Dezember 2018 entstanden ist und das Geld für nicht auf einmal aufbringen können und daher bei ihrer Gemeinde einen Antrag auf Stundung anerkannt bekommen haben. Deswegen haben wir den Gesetzentwurf vorgelegt.“

„Mit dem von den Koalitionsfraktionen in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf wird eine weitere zentrale Forderung unserer Fraktion DIE LINKE in die Tat umgesetzt. Für einen solchen Fonds haben wir uns immer ausgesprochen“

Katja Maurer,  
kommunalpolitische Sprecherin

Die kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion, Katja Maurer, erinnerte in ihrer Rede daran, dass der Gesetzentwurf am Ende nur entstanden ist, weil Menschen aus Bürger:inneninitiativen bei der Erarbeitung mitgewirkt haben. So gab es unter anderem eine Petition, die im Rahmen einer öffentlichen Anhörung deutlich gemacht hat, warum die Einrichtung eines solchen Härtefallfonds so wichtig ist. Zudem verwies sie darauf, dass DIE LINKE beziehungsweise die Vorgänger-Partei PDS die Frage der Straßenausbaubei-

träge seit 30 Jahren innerhalb und außerhalb des Landtages thematisiert hat. Ein Meilenstein war die Abschaffung der Beiträge durch die Koalitionsfraktionen zum 1. Januar 2019.

## Entlastung der Bürger:innen

„Mit dem jetzt von den Koalitionsfraktionen in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf wird eine weitere zentrale Forderung der LINKEN in die Tat umgesetzt. Für einen solchen Fonds haben wir uns im Zusammenhang mit der Abschaffung der Beiträge immer ausgesprochen“, sagte die Abgeordnete. Damit wird auch eine Forderung der Bürger:inneninitiativen für sozial gerechte Kommunalabgaben aufgegriffen. Mit dem Gesetz wird nunmehr geregelt, dass Bürgerinnen und Bürger unter bestimmten Voraussetzungen für Straßenausbaumaßnahmen entlastet werden. Zur Vermeidung besonderer Härten wird das Land in den Fällen, in denen Bürgerinnen und Bürger Straßenausbaubeiträge für die Jahre 2015 bis 2018 gestundet haben, Zuschüsse gewähren. Alle Beiträge, die über 4.000 Euro liegen, werden dabei vom Land übernommen oder erstattet. „Damit werden betroffene Bürgerinnen und Bürger nachhaltig finanziell entlastet. Ich bin froh, dass die Koalition diese Lösung gefunden hat, und gehe von einer zügigen Verabschiedung des Gesetzes durch den Landtag aus. Jetzt liegt es an der CDU und FDP, sich zu bekennen und unserem Gesetzentwurf zuzustimmen“, betonte Katja Maurer.



# Verantwortung statt Vermüllung

## Der Einwegkunststofffonds der Europäischen Union

Plastiktüten im Baum, Jogurtbecher neben der Parkbank, die Bonbontüte an der Bushaltestelle - Müll aus Einwegkunststoff begegnet uns im Alltag leider überall. Auch deshalb, weil Kunststoffe wegen ihrer Eigenschaften wie Haltbarkeit, Leichtigkeit und Flexibilität vielfältig eingesetzt werden können. Gerade Produkte aus Einwegkunststoff führen allerdings zu einer massiven Vermüllung ganzer Ökosysteme, insbesondere der Ozeane, wo sie als Plastikmüll die marine Tierwelt schädigen und als Mikroplastik zersetzt in die Nahrungskette gelangen. Dabei brauchen sie teils Hunderte von Jahren, bis sie in der Natur abgebaut werden. Der Müll, der jetzt in die Umwelt gerät, ist also nicht nur unser Problem, sondern auch das kommender Generationen. Dabei ist ein Großteil der Schäden, die durch Plastikmüll entstehen, gar nicht vor unserer eigenen Haustür zu finden. Als einer der weltweit größten Exporteure von Plastikmüll belastet Deutschland die Umwelt und Gesundheit nicht nur bei uns, sondern vor allem in der 3. Welt.

Die Produktion von Kunststoffen erfordert außerdem fossile Brennstoffe und trägt zur Emission von Treibhausgasen bei, was den Klimawandel weiter verstärkt. Dabei sind Einwegkunststoffe eine besondere Ressourcenverschwendung, denn die Produkte, die daraus hergestellt werden, werden oft nur einmalig und für kurze Zeit verwendet.

Angesichts dieser Probleme haben viele Länder und Regionen in den letzten Jahren bereits Maßnahmen ergriffen, um den Einsatz von Einwegkunststoffen zu reduzieren. Dazu gehören Verbote von Plastiktüten, Einwegstrohhalmen und anderen Einwegprodukten aus Kunststoff sowie die Förderung von umweltfreundlicheren Alternativen und Recyclingprogrammen. Der Fokus dieser politischen Maßnahmen liegt darauf, die Verschmutzung zu reduzieren und eine nachhaltigere Nutzung

von Ressourcen zu fördern, um die Umweltauswirkungen von Einwegkunststoffen zu minimieren. Die LINKE setzt sich deshalb auch auf europäischer Ebene seit Jahren stark für Gesetze ein, die nicht nur die Verbraucher, sondern vor allem die Hersteller von Plastikverpackungen in die Pflicht nehmen.

### Zum neuen Gesetz

Dieses Ziel weiter voranzutreiben verfolgt auch das neue Einwegkunststofffonds-Gesetz (EWKFondsG) der Europäischen Union, welches der jüngste Schritt zur Umsetzung der EU-Einwegkunststoffrichtlinie (EWKRL) ist. Sie zielt darauf ab, die Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt zu verringern und die Vermüllung von Städten, Landschaften

kaufen und nutzen und wie sie diese entsorgen. Einwegverpackungen gänzlich zu vermeiden ist im Alltag jedoch mit viel Aufwand und teils auch hohen finanziellen Kosten verbunden. Deshalb nimmt der Fonds jetzt die Hersteller bestimmter Einwegkunststoffprodukte, wie To-go-Lebensmittelbehälter, Getränkebecher, Feuchttücher, Luftballons und Tabakprodukte mit Filtern, in die Pflicht. Sie müssen sich vorab online als Hersteller beim Umweltbundesamt im Einwegkunststoffregister registrieren. Auch wenn das Gesetz bereits Mitte Mai in Kraft getreten ist, wird die konkrete Anwendung noch dauern. Ab dem 01.01.2024 gilt die Registrationspflicht. Ab dem 01.01.2025 tritt die Pflicht zur Leistung der Einwegkunststoffabgabe in Kraft. Die ersten Auszahlungen aus dem

reistellen oder verkaufen, werden deshalb verpflichtet sein, sich beim UBA zu registrieren und die Einwegkunststoffabgabe zu leisten. Die aus dem Fonds ausgeschütteten Mittel können dann von Städten, Gemeinden und anderen Anspruchsberechtigten in Thüringen für erstattungsfähige Leistungen verwendet werden, die im Zusammenhang mit der Bewältigung von Einwegkunststoffabfällen stehen.

Wir stehen deshalb hinter dem Einwegkunststofffonds-Gesetz als wichtigem Schritt zur Reduzierung der Vermüllung mit Kunststoffen und zur Förderung von Umweltsauberkeit. Es ist ein Beitrag, die Umweltbelastung durch Einwegkunststoffprodukte zu verringern und die Hersteller in die Verantwortung zu nehmen.

Aber auch wenn das Gesetz ein wichtiger Schritt für die Umwelt und auch für die betroffenen Städte und Kommunen ist, ist es gleichsam eine vertane Chance. Denn Nachhaltigkeit, ökologische Verantwortung und eine gerechte Verteilung von Umweltlasten bedeuten auch mehr soziale Gerechtigkeit. Verschiedene Initiativen hatten deshalb gefordert, durch das Gesetz Kommunen aufzufordern, ihre finanzielle Belastung über die Abfallgebühren an ihre Einwohnerinnen und Einwohner weiterzugeben. Auf freiwilliger Basis wird das wohl kaum geschehen. Es wird, wenn es soweit ist, also an den kommunalen Vertretern der Parteien liegen, eine soziale und gerechte Verteilung der Fondsgelder für ihre Kreise im Sinne der Wählerinnen und Wähler zu fordern.

Die wirksame Entwicklung und konsequente Durchsetzung einer umfassenden Kreislaufwirtschaftsstrategie bleiben jedoch tagespolitische Herausforderungen, über das beschlossene EWKFondsG hinaus. Auch in der Zukunft brauchen wir weitere Schritte gegen die Plastikvermüllung in Europa und der Welt. Einer könnte das neue weltweite Plastikabkommen sein, über das aktuell bereits verhandelt wird. Enthalten wären z.B. strikte Kontrollen problematischer Plastiksarten, Exportverbote für problematische Kunststoffe und Transparenz über chemische Inhaltsstoffe in Plastikprodukten. Der Müll hat dennoch so bald kein Ende, deshalb ist es an uns, ihm ein Ende zu setzen. Die EU hat bereits verschiedene Nachhaltigkeitsmaßnahmen ergriffen, um den Umweltschutz und die nachhaltige Nutzung von Ressourcen in ihren Mitgliedsstaaten voranzutreiben. Die Einwegkunststoffrichtlinie (EWKRL) ist nur eine von vielen Initiativen, die darauf abzielen, die Umweltbelastung durch Kunststoffe zu reduzieren.



und Gewässern zu reduzieren. Als EU-weite Regelung nimmt sie alle Mitgliedsländer bei der Umsetzung gleichermaßen in die Pflicht. Nämlich dazu, als Hersteller von bestimmten Einwegkunststoffprodukten, die Kosten für die Bewältigung der durch ihre Produkte verursachten Abfälle, z.B. in Straßen und Parks, zu tragen. Statt wie bisher die Allgemeinheit damit zu belasten, sollen die Hersteller nun eine Sonderabgabe in den Einwegkunststofffonds einzahlen.

### Für wen ist das Gesetz?

Der Einwegkunststofffonds wird beim Umweltbundesamt (UBA) angesiedelt und über die digitale Plattform DIVID verwaltet. Die Plattform ermöglicht die digitale Abwicklung von Registrierungen und Einzahlungen der abgabepflichtigen Hersteller sowie die Ausschüttung der Mittel an Städte und Gemeinden. Die Einwegkunststoffkommission, ein Beratungsgremium mit Vertretern der betroffenen Wirtschaft, Anspruchsberechtigten, Entsorgungs-, Umwelt- und Verbraucherverbänden, unterstützt das UBA bei der Aufgabenwahrnehmung. Natürlich liegt es zum Teil in der Hand der Verbraucherinnen und Verbraucher, welche Produkte sie

Fonds erfolgen voraussichtlich im 4. Quartal 2025 auf Grundlage der Meldungen für das Jahr 2024.

Die Höhe der Einwegkunststoffabgabe hängt dabei von der Art und Menge der von den Herstellern in Verkehr gebrachten Einwegkunststoffprodukte ab. Die Berechnung ist aktuell teilweise noch umstritten. Die genauen Abgabesätze und Auszahlungskriterien werden deshalb erst noch durch Rechtsverordnungen festgelegt. Die Zigarettenindustrie wird aber bspw. als größter Einzahler wohl etwa 161 Millionen jährliche Abgaben in den Fonds einzahlen müssen. Jährlich wird das UBA die eingezahlten Mittel anteilig an Städte, Gemeinden und andere Anspruchsberechtigte ausschütten, die entsprechende Sammlungs- oder Reinigungsmaßnahmen durchführen oder andere erstattungsfähige Leistungen erbracht haben.

### Welche Folgen hat das Gesetz konkret für Thüringen?

Das Einwegkunststofffonds-Gesetz wird deutschlandweit gelten und somit auch für Thüringen. Hersteller von bestimmten Einwegkunststoffprodukten mit Sitz in Thüringen oder die ihre Produkte in Thüringen auf dem Markt be-

### Einwegkunststoff

- bezeichnet Kunststoffprodukte, die nach einmaligem Gebrauch als Abfall entsorgt werden und nicht für eine mehrfache Verwendung vorgesehen sind. Diese Einwegprodukte werden typischerweise in großen Mengen hergestellt und konsumiert, um bestimmte Bedürfnisse im Alltag zu erfüllen, wie zum Beispiel To-go-Becher, Lebensmittelverpackungen, Plastikbesteck, leichte Plastiktüten und vieles mehr. Da sie nur einmal verwendet werden und nicht recycelt oder wiederverwendet werden können, tragen sie zur zunehmenden Vermüllung der Ozeane, Flüsse, Landschaften und Städte bei. Ihre Umweltauswirkungen sind vielfältig und reichen von negativen Effekten auf die Tierwelt bis hin zu einer Verstärkung der globalen Umweltverschmutzung und des Klimawandels.



Mehr Infos zu den Nachhaltigkeitszielen der EU unter: [commission.europa.eu/strategy-and-policy/sustainable-development-goals](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/sustainable-development-goals)



## Im Blickpunkt: Umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität

„Thüringen. Überall gleich gut“  
in Bad Lobenstein

In einer öffentlichen Sitzung in Bad Lobenstein standen der Ausbau und die Weiterentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs und der Mobilität im Mittelpunkt der Diskussionen. Unter dem Motto „Mobilität. Überall gleich gut“ betonte die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ihre Vision, dass zukünftig jede:r Bürger:in in

Thüringen, unabhängig von jeweiligen Wohnort, gleiche Chancen auf flexible Mobilität haben sollte. Prof. Dr. Matthias Gather, Professor für Verkehrspolitik und Raumplanung sowie Direktor des „Instituts Verkehr und Raum“ der Fachhochschule Erfurt, erläuterte in seinem Vortrag, wie Mobilität mehr Aspekte des gemeinsamen Zusammenlebens beeinflusst, als auf den ersten Blick ersichtlich ist. „Sozial gerecht bedeutet, dass alle ÖPNV nutzen können, dass er multimodal ist und in allen Landesteilen erreicht werden kann und, dass die Lasten gleich verteilt sind.“ Seine Forschungsergebnisse zur Auswirkung des 9-Euro-Tickets verdeutlichen, dass die soziale Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger maßgeblich von ihren Mobilitätsmöglichkeiten abhängt. Um dieses Ziel zu erreichen, betonte Ralf Kalich, LINKE-Landtagsabgeordneter mit Wahlkreisbüro im Saale-Orla-Kreis, die Notwendigkeit, die Verkehrswende voranzutreiben und Barrieren für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs abzubauen. Dies erfordere unter anderem die Senkung der Tarife und den Ausbau barrierefreier Verkehrsangebote.

Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft Susanna Karawanskij berichtete über umweltfreundliche Konzepte von Mobilität und resümierte: „Das 9-Euro-Ticket war ein Erfolg, weil nicht mehr um die Umsetzung und Sinnhaftigkeit einer solchen Maßnah-

me diskutiert wird, sondern ganz konkret über die Finanzierung.“ In Thüringen wurde der Handlungsbedarf erkannt. Ministerin Karawanskij berichtete über Anstrengungen zur Gestaltung einer umweltfreundlichen und bezahlbaren Mobilität. Sie erwähnte die „Runden Tische zur Mobilität“ im Kyffhäuserkreis und dem Schwarzatal, bei denen Bürgerinnen und Bürger gebeten wurden, ihre Erfahrungen zu teilen und einen regen Austausch zu initiieren. Die anschließende Podiumsdiskussion mit Vertretern aus der Mobilitätswirtschaft und interessierten Bürger:innen brachte wichtige Erkenntnisse zutage und unterstrich die Dringlichkeit des Themas. Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag setzt sich aktiv für die Verbesserung der Mobilität in Thüringen ein und hat konkrete Zielsetzungen entwickelt. Dazu gehören die Einführung eines vergünstigten Jugendtickets, die Schaffung besserer Vernetzungen zwischen Bus- und Bahnverbindungen sowie die Umsetzung der Erreichbarkeitsgarantie. Auch für den Saale-Orla-Kreis wurden wichtige Lösungsansätze diskutiert, darunter eine Petition zum Bau eines Radweges entlang der B90.

Gemeinsam wollen wir entschlossen für eine nachhaltige und erschwingliche Mobilität eintreten, die allen Bürgerinnen und Bürgern gleiche Chancen bietet und das gemeinsame Zusammenleben positiv beeinflusst.

